

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
<i>Prof. Dr. Dirk Ehlers, Geschäftsführender Direktor des Instituts für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster</i>	
<b>Eröffnung des 16. Außenwirtschaftsrechtstages . . . . .</b>	<b>1</b>
<i>Dr. Stormy Mildner, Thomas Regier, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin</i>	
<b>Kritische Metalle für die deutsche Industrie</b>	
<b>Strategien zur Verbesserung der Versorgungssicherheit . . . . .</b>	<b>9</b>
A. Einleitung: Risiken auf den Rohstoffmärkten . . . . .	9
B. Steigende Preise, volatile Märkte. . . . .	11
C. Versorgungsrisiken für die deutsche Industrie . . . . .	17
I. Bestimmung des Versorgungsrisikos. . . . .	17
II. Kritische Metalle für die deutsche Industrie . . . . .	18
D. Strategien und Instrumente zur Minderung der Rohstoffrisiken . .	20
I. Rohstoffgesellschaft / „Allianz zur Rohstoffsicherung“ (ARS)	21
II. Rohstoffpartnerschaften . . . . .	22
III. WTO als Hüterin des freien Handels von Rohstoffen . . . . .	24
E. Schlussfolgerungen . . . . .	26
<i>Benjamin Hartmann, LL.M. (EUI), GD Handel der EU-Kommission</i>	
<b>Aktuelle staatliche Beschränkungen des globalen internationalen Rohstoffhandels im Überblick . . . . .</b>	<b>29</b>
A. Einleitung . . . . .	29
B. Instrumentarium . . . . .	29
C. Bestandsaufnahme der Europäischen Kommission . . . . .	30
D. Einschätzung und Ausblick. . . . .	32
<b>Diskussion . . . . .</b>	<b>33</b>
<i>Zusammenfassung: Dr. Dennis Wölte, Mitarbeiter am Institut für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster</i>	
<i>Prof. Dr. Hans-Georg Dederer, Universität Passau</i>	
<b>Rohstoffausbeutung, -bewirtschaftung und -verteilung aus der Sicht des allgemeinen Völkerrechts. . . . .</b>	<b>37</b>
A. Begriff der „Rohstoffe“ im Völkerrecht . . . . .	37
B. Konzept der (begrenzten) Souveränität. . . . .	38
	IX

I.	Territoriale Souveränität . . . . .	38
II.	„Permanent sovereignty over natural resources“ . . . . .	38
III.	Souveräne Rechte über außerhalb des Staatsgebiets belegene Rohstoffe. . . . .	40
IV.	Begrenzungen der Souveränität . . . . .	41
	1. Gemeinsam genutzte Ressourcen. . . . .	42
	2. Militärische Besetzung . . . . .	44
	3. Menschenrechte. . . . .	45
	4. Insbesondere: Rechte indigener Völker . . . . .	47
	5. Umweltschutz. . . . .	49
C.	Konzept des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“ . . . . .	50
	I. Herkunft des Konzepts . . . . .	50
	II. „Idealgrundsätze“ des Konzepts . . . . .	51
	III. Geltungsbereich des Konzepts . . . . .	52
	IV. Erweiterung des Geltungsbereichs? . . . . .	52
D.	Konzept des „gemeinsamen Anliegens der Menschheit“. . . . .	53
	I. Geltungsbereich und Eckpunkte des Konzepts . . . . .	53
	II. Übertragbarkeit des Konzepts auf andere als genetische Ressourcen? . . . . .	54
E.	Schluss . . . . .	55
	<i>Dr. Christian Pitschas, LL.M., Bernzen Sonntag Rechtsanwälte, Genf</i>	
	<b>Internationaler Rohstoffhandel aus der Sicht des WTO-Rechts</b> . . . . .	57
A.	Einführung . . . . .	57
B.	Regelungen des GATT 1994 . . . . .	60
	I. Ge- und Verbotstatbestände . . . . .	60
	1. Gebot der Meistbegünstigung . . . . .	60
	2. Gebot der Zollbindung . . . . .	62
	3. Freier Transitverkehr . . . . .	63
	4. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen. . . . .	65
	5. Diskriminierungsfreie Anwendung mengenmäßiger Beschränkungen . . . . .	67
	6. Diskriminierungsverbot für staatliche Handels- unternehmen . . . . .	67
	II. Spezielle und allgemeine Ausnahmetatbestände. . . . .	69
	1. Artikel XI:2 Buchst. a) . . . . .	69
	2. Artikel XXI Buchst. b) . . . . .	73
	3. Artikel XX . . . . .	73
C.	Fazit . . . . .	79
	<b>Diskussion</b> . . . . .	80
	<i>Zusammenfassung: Michael Martschinke, Doktorand am Institut für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster</i>	

*Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte, Universität Siegen/Hamburg*

<b>Rohstoffexportkartelle und -beschränkungen im Lichte einer europäischen Rohstoff-Governance</b>	83
A. Problemaufriss: Rohstoffexportkartelle und -beschränkungen zwischen Kartellrecht und Handelspolitik?	83
B. Rohstoffexportkartelle und -beschränkungen	87
I. Zum Begriff des Exportkartells	87
II. Zum Begriff der Rohstoffexportbeschränkung	88
C. Rohstoffinitiative, Rohstoff-Governance und Kartellrecht	89
I. Die europäische Rohstoffinitiative	89
II. Rechtliche Dimensionen der europäischen Rohstoffinitiative	91
1. Die Rohstoffinitiative als Baustein einer europäischen Rohstoff-Governance	91
2. Rohstoffrecht als rechtswissenschaftliche Disziplin	91
III. Die Rolle des Kartellrechts im Rahmen der europäischen Rohstoffinitiative	93
D. Das Verhältnis des europäischen Außenwirtschaftsrechts zum Kartellrecht	94
I. Allgemeines	94
II. Ungeschriebene Ausnahme von der Anwendung des Art. 101 AEUV?	95
III. Die Rolle der Warenverkehrsfreiheit gem. Art. 34 ff. AEUV	96
E. Rohstoffexportkartelle und -beschränkungen im Lichte des EU-Kartellrechts	96
I. Rohstoffexportkartelle im Lichte des EU-Kartellrechts	97
II. Hoheitliche Rohstoffbeschränkungen im Lichte des EU-Kartellrechts	98
III. Künftige Bedeutung eines kartellrechtlichen Ansatzes	99
F. Schlussfolgerungen	100

*RA Prof. Dr. Hans-Georg Kamann, WilmerHale, Frankfurt am Main*

<b>Die Einkaufsgemeinschaft als Strategie der Rohstoffsicherung? Eine kartellrechtliche Standortbestimmung</b>	101
A. Einleitung	101
B. Erscheinungsformen und allgemeine Wirkungen von Einkaufsgemeinschaften	104
I. Theoretische Ausgestaltung einer Einkaufsgemeinschaft auf einem Verkäufermarkt	104
II. Ökonomische Analyse von Nachfragemacht	107
1. Klassische Theorie	107
2. Verhandlungsmodell	108
3. Ökonomische Ambivalenz	108

C.	Kartellrechtliche Beurteilung . . . . .	109
I.	Einkaufsgemeinschaften im Lichte des Kartellverbots . . . . .	110
1.	Relevante Märkte und Wettbewerbsverhältnisse . . . . .	111
2.	Tatbestandsmäßige Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	112
II.	Missbrauchsverbot und Fusionskontrolle . . . . .	121
D.	Fragen der praktischen Umsetzung . . . . .	122
I.	Gründung . . . . .	123
II.	Weitere Durchführung . . . . .	124
E.	Fazit . . . . .	124

<b>Diskussion</b> . . . . .	126
-----------------------------	-----

*Zusammenfassung: Eva Meiers, Doktorandin am Institut für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster*

*Prof. Dr. Marc Bungenberg, LL.M., Universität Siegen*

<b>Investitionsschutz für Rohstoffkonzessionen und Förderanlagen in Drittstaaten</b> . . . . .	131	
A.	Einführung . . . . .	131
B.	Beispiele für investitionsbeeinträchtigende politische Risiken im Rohstoffsektor . . . . .	132
I.	Iran . . . . .	133
II.	Libyen und Algerien . . . . .	133
III.	Mittel- und Südamerika . . . . .	133
IV.	Russland . . . . .	135
V.	Zwischenfazit: Anfälligkeit und Schutznotwendigkeit von Investitionen . . . . .	135
C.	Allgemeine Regeln des Wirtschaftsvölkerrechts und der Schutz von Konzessionen und Förderanlagen . . . . .	137
D.	Schutz von Investitionen außerhalb allgemeiner völkerrechtlicher Regeln . . . . .	138
I.	Staat-Investor-Verträge und internationale Rohstoffkonzessionen . . . . .	138
1.	Begriff und Umfang internationaler Konzessionen . . . . .	139
2.	Leistung und Gegenleistung für internationale Konzessionen . . . . .	140
3.	Verfahren der Konzessionsvergabe . . . . .	141
4.	Abschluss von Staat-Investor-Verträgen durch EU-Mitgliedstaaten . . . . .	141
II.	Völkerrechtliche Investitionsschutzverträge . . . . .	142
1.	Grundlagen und Besonderheiten bi- und multilateraler Investitionsschutzverträge . . . . .	142
2.	Stand innerhalb der EU . . . . .	143

III. Investitionsschutzversicherungen im Rohstoffsektor . . . . .	145
E. Fazit . . . . .	146

*Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Meckenheim*

**Zollrechtliche Umwandlungsverfahren als Folge steigender**

<b>Rohstoffpreise</b> . . . . .	149
A. Einleitung . . . . .	149
B. Vorteile eines Umwandlungsverfahrens . . . . .	149
C. Wie kann die Umwandlung erfolgen? Welches sind erlaubte Maßnahmen? . . . . .	150
I. Bearbeitung . . . . .	150
II. Verarbeitung . . . . .	151
III. Gar kein Umwandlungsvorgang . . . . .	151
IV. Erlaubte Umwandlungsvorgänge . . . . .	151
D. Voraussetzungen der Inanspruchnahme eines Umwandlungs- verfahrens . . . . .	151
I. Antrag . . . . .	151
II. Antragsteller . . . . .	152
III. Bewilligungsvoraussetzungen . . . . .	152
E. Erteilung der Bewilligung . . . . .	154
F. Beendigung der Umwandlung . . . . .	155
G. Welche Zollschulden fallen an? . . . . .	155
I. Zollschuldentstehung bei Überführung in den freien Verkehr . . . . .	155
II. Zollschuldentstehung bei Entziehung aus der zollamtlichen Überwachung . . . . .	155
III. Pflichtverletzungen im Rahmen des Umwandlungs- verfahrens . . . . .	155
IV. Überführung in das Umwandlungsverfahren ohne Bewilligung . . . . .	156
H. Bemessung der Zollschuld . . . . .	156
I. Besonderheiten . . . . .	156

<b>Diskussion</b> . . . . .	158
-----------------------------	-----

*Zusammenfassung: Sönke Sievers, Doktorand am Institut für  
öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster*

*Prof. Dr. Alexander Proelß, Universität Trier*

**Die Kompetenzen der Europäischen Union für die**

<b>Rohstoffversorgung</b> . . . . .	161
A. Einführung: Die EU-Rohstoffstrategie . . . . .	161
B. Begriffe: Rohstoff und Rohstoffversorgung . . . . .	163

C. Kompetenzen der EU auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung . .	165
I. Überblick . . . . .	165
II. Vertikale und horizontale Kompetenzabgrenzung . . . . .	171
1. Vertikale Kompetenzabgrenzung (Verhältnis EU/ Mitgliedstaaten). . . . .	171
2. Horizontale Kompetenzabgrenzung (auf Ebene des Unionsrechts) . . . . .	178
D. Fazit . . . . .	184

*Friedrich Wilhelm von Trott, Brüssel,  
Pers. Referent von Prof. Dr. Quisthoudt-Rowohl, MdEP*

<b>Die Strategie der Europäischen Union zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen</b> . . . . .	185
A. Einleitung . . . . .	185
B. Die Rohstoffinitiative der EU. . . . .	186
I. Die Außendimension – Zugang zu Rohstoffen unter gleichen Bedingungen . . . . .	186
II. Die Innendimension – Förderung der Eigenversorgung aus europäischen Vorkommen . . . . .	187
III. Die Nachhaltigkeitsdimension – Steigerung von Ressourceneffizienz und Recycling . . . . .	187
C. Stand der Umsetzung . . . . .	188
I. Allgemeines . . . . .	188
II. Erste Säule – Außendimension. . . . .	190
III. Zweite Säule (Innendimension) und Dritte Säule (Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz) . . . . .	190
D. Ausblick . . . . .	192
<b>Diskussion</b> . . . . .	193

*Zusammenfassung: Rose von Richthofen, Doktorandin am Institut  
für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster*

*Dr. Henrike Sievers, Bundesanstalt für Geowissenschaften  
und Rohstoffe*

<b>Kritische Rohstoffe – Langfristig betrachtet.</b> . . . . .	195
A. Einleitung . . . . .	195
B. Importabhängigkeit Deutschlands und der EU . . . . .	196
C. Geographische Konzentration der Rohstoffgewinnung . . . . .	198
D. Geologische Verfügbarkeit . . . . .	201
E. Die statische Reichweite . . . . .	201
F. Historische Betrachtung . . . . .	203
G. Studien zu kritischen Rohstoffen . . . . .	204
I. Aktuelle Studien . . . . .	205
II. Studien aus den 70er und 80er Jahren . . . . .	206

H. Verschiedene Kategorien der Kritikalität . . . . .	207
I. Langfristige Betrachtung der Versorgungssicherheit . . . . .	208
J. Diskussion . . . . .	209
Literaturverzeichnis . . . . .	210

*Prof. Dr. Stefanie Schmahl, Universität Würzburg*

**Rohstoffsicherung als Grund für Einsätze der Bundeswehr?**

<b>Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Fragen</b> . . . . .	213
A. Einleitung . . . . .	213
B. Aktueller Entwicklungsstand des Völkerrechts . . . . .	215
I. Zunehmend weite Interpretation des Friedens- und Sicherheitsbegriffs . . . . .	215
1. Abkehr vom Merkmal der Zwischenstaatlichkeit . . . . .	216
2. Intensität und Zielrichtung der Gewaltakte . . . . .	217
3. Adressaten des Gewaltverbots . . . . .	218
II. Erweiterter Handlungsspielraum des Sicherheitsrats . . . . .	221
III. Erweiterte Handlungskompetenzen Dritter . . . . .	221
IV. Zeitliche Komponenten . . . . .	224
C. Übertragbarkeit der völkerrechtlichen Koordinaten auf einen „Krieg um Ressourcen“? . . . . .	226
D. Verfassungsrechtliche Problematik . . . . .	230
I. Begriff der Verteidigung . . . . .	230
II. Einsatz der Streitkräfte zu anderen Zwecken als der Verteidigung . . . . .	232
III. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt . . . . .	234
E. Fazit . . . . .	236

**Diskussion** . . . . . 238

*Zusammenfassung: Jost-Benjamin Schrooten, Doktorand am  
Institut für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität Münster*

Satzung des Zentrums für Außenwirtschaftsrecht e. V. . . . .	243
--------------------------------------------------------------	-----

Stichwortverzeichnis . . . . .	249
--------------------------------	-----